



Montag, 28. Februar 1977

Blatt 445

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Wiener Landtag und Gemeinderat
(rosa) Abschlußbericht der "Kommission Wien 1945"
- Lokal: Steirerin Bundessiegerin in Maschinschreiben
(orange) Verkehrsbeschränkung auf der Gürtelbrücke
- Kultur: Bezirksmuseum Meidling: Vortragsreihe "Wien -
(gelb) Geschichte einer Stadt"

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 Uhr bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr; übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

abschlussbericht der "kommission wien 1945"

1 wien, 28.2. (rk) anlaesslich des 30. jahrestages der wieder-
geburt oesterreichs richtete buergermeister leopold g r a t z im
april 1975 einen appell an die oeffentlichkeit, persoentliche erinne-
rungen an die geschehnisse in wien im jahr 1945 zur wissenschaft-
lichen auswertung zur verfuegung zu stellen. zur durchfuehrung
dieser arbeit berief buergermeister gratz eine wissenschaftliche
kommission, der neben fuehrenden vertretern der zeitgeschichtlichen
forschung auch repraesentanten der politischen parteien, die 1945
die provisorische wiener gemeindeverwaltung gebildet hatten, und
vertreter der derzeitigen gemeinderatsklubs angehoeerten.

"der idee, die 'kommission wien 1945' zu berufen", sagte
buergermeister leopold gratz damals, "lag der gedanke zugrunde,
dass es leichter ist, sich ueber das revolutionsjahr 1848 oder
ueber die besetzung wiens durch napoleon zu informieren, als ueber
die vorgaenge im jahre 1945".

nun liegt der abschlussbericht der kommission als sonderheft
der "wiener geschichtsblaetter" vor. insgesamt 284 wienerinnen
und wiener haben dem aufruf des buergermeisters folge gelei-
stet und orinnerungsberichte, tagebuecher, dokumente und fotos
zur verfuegung gestellt. eine kleine auswahl ist derzeit im rahmen
der archivausstellung "neuerwerbungen 1976" im wiener stadttarchiv,
rathaus, stiege 4, zu sehen.

es ist der wiener bevoelkerung zu danken, dass die zeitge-
schichtliche sammlung des archivs eine derart wertvolle ergaenzung
gefunden hat. der erfolg der aktion zeigt, dass bei entsprechender
aktivierung noch weitere wertvolle unterlagen zur geschichte wiens,
die in privaten haenden und nicht selten der gefahr unterworfen
sind, verloren zu gehen, der oeffentlichkeit und der forschung
zugaenglich gemacht werden koennten. das wiener stadt- und landes-
archiv bietet sich auch weiterhin an, einschlaegiges material unter
hinweis auf den spender fachgerecht zu verwahren. (os)

L o k a l :

=====

steirerin bundessiegerin im maschinschreiben

wien, 28.2. (rk) bei den am wochenende im wiener rathaus abgehaltenen bundesmeisterschaften im maschinschreiben siegte die steirische landesmeisterin ilse b a n d s c h i e r mit 643 anschlaegen je minute. zweiter wurde der oftmalige wiener meister franz k a r g e r vor der oberoesterreichischen landesmeisterin heidelinde m a t t l.

der oesterreichische stenografenverband wird die besten aus dieser meisterschaft zu den weltmeisterschaften nach rotterdam entsenden. oesterreich stellte bekanntlich bei den letzten weltmeisterschaften im jahr 1975 den weltmeister.

++++

k u l t u r :

=====

bezirksmuseum meidling:

vortragsreihe ''wien - geschichte einer stadt''

2 wien, 28.2. (rk) der geschichte wiens von seinen anfaengen bis zu seinem werden als bundesland ist die vom bezirksmuseum meidling veranstaltete vortragsreihe ''wien - geschichte einer stadt'' gewidmet. vortragender ist dr. peter c s e n d e s vom wiener landesarchiv. die themen der vortragsreihe lauten: spaetmittelalter (mittwoch, 2. maerz), reformation und tuerkenkriege (mittwoch, 16. maerz), von maria theresia bis zum zusammenbruch der monarchie (mittwoch, 20. april) und das bundesland wien (mittwoch, 4. mai). saemtliche vortraege finden im lesezimmer des bezirksmuseums, 12, kobinger-gasse 7, statt, beginn ist jeweils um 18 uhr. (z1)

0943

L o k a l :

verkehrsbeschränkungen auf der guertelbruecke

4 wien, 28.2. (rk) auf der guertelbruecke ueber den donaukanal muessen reparaturarbeiten an den dilatationen durchgefuehrt werden, die mit verkehrsbeschränkungen verbunden sind. von freitag, 4. maerz, 20 uhr, bis montag, 7. maerz, 5 uhr frueh, und am dienstag, 8. maerz, von 9 bis 15 uhr, werden die beiden fahrspuren einer richtungsfahrbahn in einer laenge von 50 meter auf eine spur eingengt sein. die einengungen erfolgen zu den genannten zeiten alternierend, also entweder auf der stadtauswaerts oder auf der stadteinwaerts fuehrenden brueckenfahrbahn. (we)

1156

Kommunal:

=====

Wiener Landtag

=====

Wien, 28.2. (RK) Der Wiener Landtag trat Montag unter dem Vorsitz von Erster Landtagspräsidentin Maria Hlawka zu einer Sitzung zusammen. Der Landtag gedachte des kürzlich verstorbenen Bundesrates Josef Schweiger und des Landtagsabgeordneten Wilhelm Miksch.

Kanalgesetz

Stadtrat Peter Schieder (SPÖ) referierte eine Änderung des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren. Es wird, so Schieder, eine Modernisierung im Sinne des Umweltschutzes und des Verursacherprinzipes angestrebt und damit den Bedürfnissen der Wiener Umwelt optimal Rechnung getragen. Durch die Gesetzesänderung wird zum Beispiel die Einleitung schädlicher Stoffe umfassend geregelt. Die Behörde kann den Auftrag für den Einbau geeigneter Überprüfungs- und Meßeinrichtungen geben. Weiter sollen im Raume Wien nur mehr Kühlwasseranlagen mit einer Wasserumlaufkonstruktion Verwendung finden. Da die bisherige Höchststrafe in keinem realen Verhältnis zu den Kosten einer geordneten Abfallbeseitigung gestanden ist, wurde die Höchststrafe nunmehr mit 50.000 Schilling festgesetzt.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Kindergartengesetz

Das Gesetz, mit dem die Regelung des Kindertagesheimwesens geändert wird, bezeichnete Landeshauptmann-Stellvertreterin Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) als Pionierarbeit des Landes Wien. Erstmals wird durch eine gesetzliche Regelung der Kontakt zwischen dem Fachpersonal der Kindertagesheime und den Erziehungsberechtigten institutionalisiert. In einem Arbeitsjahr sind mindestens drei gemeinsame Beratungen (Elternabende) durchzuführen.

LAbg. Dr. Marlies Flemming (ÖVP) begrüßte, daß eine bereits bestehende und sehr bewährte Einrichtung nun institutionalisiert wird. Eine grundsätzliche Verbesserung des Kindertageswesens wird damit aber nicht erreicht. Flemming forderte eine Neuformulierung der Aufgaben, insbesondere den Vorrang für die Verpflichtung zur pädagogischen Betreuung, die Herabsetzung der Kinderzahl in den einzelnen Gruppen und die Erstellung eines Kindergartenplans. In entsprechenden Gesetzen Niederösterreichs und Vorarlbergs wird den Erkenntnissen der Erziehungswissenschaft und der Pädagogik bereits Rechnung getragen.

Nach LAbg. Gertrude Stiehl (SPÖ) bekennen sich die Sozialisten schon lange zur Chancengleichheit auch im Kindergartenwesen. Daher wird in Wien der Vorschulerziehung großer Raum gewährt. Bisher ging im Kontakt zwischen Elternhaus und Kindergarten die Initiative vom Kindergarten aus. Nun haben die Eltern die Möglichkeit, selbst die Einberufung eines Elternabends zu verlangen. Stiehl hob weiter hervor, daß gerade in den letzten Jahren in Wien sehr viele neue Kindergärten gebaut wurden und daß nun für alle vorschulpflichtigen Kinder ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht.

Ein Vergleich Wiens mit anderen Bundesländern ist erst dann möglich, wenn auch die entsprechenden Betreuungszahlen genannt werden, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreterin Gertrude Fröhlich-Sandner in ihrem Schlußwort. So werden in Wien 71 Prozent der vorschulpflichtigen Kinder betreut, das ist ungefähr das Doppelte wie in Niederösterreich. Das Kindergartenwesen wird in Wien - man braucht nur das Budget zur Hand nehmen - auch finanziell entsprechend dotiert.

Abstimmung: Die Gesetzesänderung wird einstimmig angenommen.
(sei)

Sicherheitskontrollamt

Anschließend referierte Stadtrat Peter Schieder (SPÖ) über die Verfassungsänderung zur Schaffung des Sicherheitskontrollamtes. Um eine hohe Effizienz der Kontrolle zu erreichen, erscheine es am zweckmäßigsten, auf der bewährten Einrichtung des Kontroll-

amtes aufzubauen und das Sicherheitskontrollamt als eigene Gruppe unter verantwortlicher Leitung zu installieren. Das Sicherheitskontrollamt habe zu prüfen, ob bei den von den Organen der Gemeinde verwalteten Einrichtungen und Anlagen, von denen eine Gefahr für die Sicherheit des Lebens oder der Gesundheit von Menschen ausgehen kann, ausreichende, angemessene und ordnungsgemäße Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden. Der Leiter des Sicherheitskontrollamtes wird durch Ausschreibung ermittelt, Das Gesetz soll mit 1. Juli in Kraft treten.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) erinnerte daran, daß die Unabhängigkeit des Kontrollamtes, wie sie früher gemäß der Stadtverfassung bestanden habe, 1965 durch die Verfassungsreform beseitigt worden sei, der von der FPÖ nicht zugestimmt wurde. Es gehe nun um die grundsätzliche Frage der Unabhängigkeit des Kontrollamtes von Bürgermeister, Stadtsenat und Magistrat. Das Kontrollamt sollte unmittelbar dem Gemeinderat unterstellt sein oder - wie beispielsweise in Kärnten - dem Landtag. An der Spitze sollte ein rechtskundiger Beamter vom Landtag auf die Dauer von fünf Jahren bestellt werden.

Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) erinnerte daran, daß Bürgermeister Gratz nach dem Einsturz der Reichsbrücke die sofortige Schaffung eines Sicherheitskontrollamtes angekündigt habe. Herausgekommen sei jedoch nur eine Adaptierung des § 73 der Stadtverfassung. Sicherheitskontrollen seien schon vom bestehenden Kontrollamt durchgeführt worden, wie der Bericht über die Durchführung der Brückenüberprüfungen beweise. Dr. Goller brachte zwei Anträge ein, in denen die Schaffung eines gemeinderätlichen Kontrollausschusses sowie die Garantie der Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit des Kontrollamtes gefordert werden. (we)

Im vorliegenden Magistratsentwurf geht es vor allem um mehr Sicherheit für die Bevölkerung, erklärte Abg. Friederike Seidl (SPÖ), im Gegensatz zu den ÖVP-Anträgen, die in manchen Punkten die Sicherheit in Frage stellen. Das Eingreifen eines Kontrollausschusses würde etwa sofortige Maßnahmen verzögern, die der Bürgermeister kraft seiner Kompetenz unmittelbar treffen kann.

Gerade jetzt, wo es um mehr Sicherheit für die Bevölkerung geht, ist es ein unglücklicher Zeitpunkt, über angebliche Weisungsgebundenheit des Kontrollamtes zu sprechen. Will man vielleicht den Bürgermeister verdächtigen, daß er Weisungen gegen die Sicherheit erteilt? Das ist doch absurd. Es geht um mehr Sicherheit, die absolute Sicherheit aber gibt es nicht. Im Kontrollamtsbericht vom 18. August über den Reichsbrückeneinsturz wurde eindeutig festgestellt: Es hat keinerlei Versäumnisse der Stadt Wien gegeben. In der ganzen Welt war die gleiche Art der Brückenkontrolle üblich. Der Einsturz aber hat überall ein Umdenken ausgelöst, das beweist, daß seither in Europa hunderte Brücken gesperrt wurden.

Über einen Kontrollausschuß könnte durchaus geredet werden. Aber die Form, wie er von ÖVP und FPÖ vorgeschlagen wird, ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Abg. Seidl wies darauf hin, daß die verlangten Paragraphenänderungen im Widerspruch zu anderen Paragraphen der Stadtverfassung stehen. Als undemokratisch ist der Vorschlag anzusehen, daß den Vorsitzenden des Kontrollausschusses die zweitstärkste Partei vorschlagen soll. Im übrigen ist kein Sinn darin zu sehen, wenn der Kontrollausschuß dem Landtag und nicht dem Gemeinderat unterstellt wird. In beiden Gremien sitzen doch dieselben Menschen. Das ist letztlich Spiegelfechtereie. Da es heute darum geht, die Sicherheitskontrolle so rasch wie möglich zu verwirklichen, sei es viel besser, Fragen, die nichts damit zu tun haben, zu einem anderen Zeitpunkt zu behandeln.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) meldete sich zu einer Replik, um - wie er sagte - eine Legendenbildung zu verhindern: Im Kontrollamtsbericht über den Einsturz der Reichsbrücke sind sehr wohl Versäumnisse betreffend der laufenden Kontrollen und Hauptprüfungen aufgezeigt worden. Auch die Kompetenzschwierigkeiten betreffend die Kredite für die Kontrolle wurden kritisiert. Was die Vorschläge der Opposition über den Sicherheitskontrollausschuß betrifft, wäre sicher eine Verwirklichung durch Anpassung der Paragraphen möglich. Eine Unterstützung beider ÖVP-Anträge ist aber nicht möglich, da diese im Widerspruch zueinander stehen. (smo)

Zur Aufforderung von Stadtrat Dr. Goller (ÖVP), im Landtag eine sachliche Diskussion zu führen, meinte LAbg. Braun (SPÖ), die ÖVP suche keine Auseinandersetzung, sondern sei nur auf eine Skandalisierung der Innenpolitik aus. Aufforderungen zur Sachlichkeit können daher nicht ernst genommen werden.

Die SPÖ hält mit der vorliegenden Änderung ihr Versprechen, Belange der Sicherheit zu verbessern. Es ist falsch, das Sicherheitskontrollamt nur als Ergebnis des Reichsbrückeneinsturzes zu sehen. Ansätze dazu liegen schon Jahre zurück. Die vorliegende Regelung fügt sich in die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen gut ein. Über die große Verfassungsänderung wird natürlich weiter gesprochen werden müssen.

Stadtrat Schieder (SPÖ) räumte in seinem Schlußwort ein, daß die Anträge der Opposition sicherlich in den Entwurf einarbeitbar wären. Man wolle aber keine langwierigen Verhandlungen, sondern es geht darum, heute einen Beschluß zu fassen, damit am 1. Juli das Sicherheitskontrollamt mit der Arbeit beginnen kann.

Abstimmung: Die Anträge der FPÖ und ÖVP wurden mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die Änderung der Wiener Verfassung wurde einstimmig angenommen. (sei)

- - -

Wiener Gemeinderat
=====

Wien, 28.2. (RK) Anschließend trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zu einer Sitzung zusammen. Es lagen zwei Anfragen der ÖVP und zwei der FPÖ vor. Ein Antrag der ÖVP betreffend die Abgeltung von Mehrdienstleistungen der Kindergärtnerinnen sowie Anträge der FPÖ betreffend die Kündigung von Mietern des Hauses Franziskanerplatz 6, betreffend die Verlegung des U-Bahn-Aufganges auf dem Stephansplatz in die angrenzenden Häuser, betreffend die Einbeziehung des Transportgewerbes in die Förderungsaktion Baurechtsgründe und betreffend die Betreuung der Wöchnerinnen nach dem Spitalsaufenthalt sowie ein Antrag der Bezirksvertretung des 21. Bezirkes über den Neubau der Floridsdorfer Brücke wurden zur Behandlung zugewiesen.

Für den wegen seiner Wahl zum Bezirksvorsteher des 10. Bezirkes aus dem Gemeinderat ausscheidenden Josef Deutsch wurde Dkfm. Dr. Adolf Aigner (SPÖ) als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt. Bürgermeister Gratz dankte Bezirksvorsteher Deutsch für seine Tätigkeit im Gemeinderat, dem er seit 1964 angehörte, und wünschte ihm viel Erfolg in seiner neuen Funktion.

Rohrnetz-Bericht

Stadtrat Nekula meldete sich zu einer Mitteilung zu Wort. Er habe bereits nach dem Beschluß des Gemeinderates vom 15. Dezember 1976 über die Erhöhung der Gastarife die Gaswerke angewiesen, ihm einen umfassenden Bericht über die Situation auf dem Rohrnetzsektor vorzulegen. Da die im Jänner von der ÖVP im Rahmen einer Pressekonferenz zum Thema Gasrohrnetz vorgebrachten Behauptungen geeignet waren, in weiten Kreisen der Bevölkerung Unsicherheit und unbegründete Angst hervorzurufen, sehe er sich nunmehr veranlaßt, dem Wiener Gemeinderat eine umfassende Darstellung der tatsächlichen Situation im Wiener Gasrohrnetz zu geben.

Nekula gab einen Überblick über die Entwicklung der Wiener Gasversorgung vom 19. Jahrhundert bis zum Übergang zur reinen Erdgasversorgung. Neben der Entwicklung auf dem Erzeugungssektor vollzog sich gleichzeitig der laufende Ausbau des Rohrnetzes, um die wachsenden Versorgungsbedürfnisse erfüllen zu können.

Mit einer Länge von 2.800 Kilometer ist Wiens Gasrohrnetz heute eines der längsten und meistverzweigten der Welt. Rund 800.000 Haushalte, Gewerbe- und Industriebetriebe werden gegenwärtig von den Wiener Gaswerken versorgt.

Nekula verwies auf die potentielle Gefährlichkeit der Energieart Gas, die - wie jede Energie - auch zerstörend wirken könne. Deshalb wurden durch gesetzliche Regelungen, Erlässe, verbindliche Richtlinien, interne Vorschriften, etc. alle Vorkehrungen getroffen, um im Zusammenhang mit Erzeugung und Lagerung, Transport und Verwendung von Gas das höchstmögliche Maß an Sicherheit zu gewährleisten. Eine hundertprozentige Ausschaltung aller Gefahren ist jedoch auch mit den heute zur Verfügung stehenden technischen Mitteln nicht möglich.

Daß die einstimmige Entscheidung des Wiener Gemeinderates zur Umstellung der Gasversorgung auf Erdgas richtig war, beweist die Zahl der seither genehmigten 145.000 Heizgasanträge. Derzeit gibt es Gasheizungen in 290.000 Haushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben. Es steht außer Zweifel, daß durch die Verwendung dieser umweltfreundlichen Energie ein bedeutender Beitrag zur Verbesserung der Umweltverhältnisse geleistet wurde und wird.

Da das Gasrohrnetz im Laufe von Jahrzehnten auf seine heutige Länge gewachsen ist, ist es selbstverständlich, daß es aus Rohren unterschiedlichen Alters besteht. Das Alter sei jedoch kein Kriterium für die Dichtheit und Funktionstüchtigkeit eines Gasrohres.

Zum Austreten von Gas können vor allem Rohrbrüche und das Undichtwerden von Muffen führen.

Der sogenannte Meßverlust, der sich aus echten Verlusten, aus ungenauen Zählerangaben und aus Volumenschwankungen des Gases zusammensetzt, beträgt in Wien 3,2 Prozent und liegt damit unter dem internationalen Durchschnitt. Vergleichbare Städte in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel, weisen Werte zwischen vier und sieben Prozent auf.

Trotz steigender Rohrnetzlänge und steigenden Gasverbrauches ist die Zahl der Rohrbrüche im Hauptrohrnetz seit 1960 mit gewissen Schwankungen konstant. Die Zahl der Rohrgeborenen pro hundert Kilometer lag 1960 bei 4,99 und 1976 bei 4,62.

Aufgrund der bestehenden strengen Vorschriften hätten die Gaswerke im vergangenen Jahr 280 Kilometer Rohrnetz überprüfen müssen. Tatsächlich wurden jedoch 524 Kilometer überprüft. Ähnlich war es auch in den vorangegangenen Jahren.

Die Prüfmethoden wurden in den letzten Jahren bedeutend verfeinert und verbessert, so daß Schäden wesentlich rascher und frühzeitiger entdeckt werden können. Die von den Gaswerken heute eingesetzten elektronischen Gasspürgeräte sind die derzeit besten überhaupt.

Im Rahmen der Erdgasumstellung werden vor Beginn der Umstellung das Rohrnetz sowie die Hauszuleitungen in jedem einzelnen Rayon einer Druckprobe unterzogen. Festgestellte Mängel werden noch vor der Umstellung behoben.

Bei den Gaswerken liegen äußerst genaue, straßen- und gassenweise gegliederte Pläne und Aufzeichnungen über sämtliche in Wien verlegten Gasrohre auf.

Jede einlangende Gasgeruchsmeldung wird sofort überprüft. Der Tag und Nacht einsatzbereite Gebrechensbehebungsdienst wurde seit Juni 1976 personell noch aufgestockt, so daß alle auftretenden Gebrechen sofort behoben werden können. Eine der Hauptursachen für Gasrohrgebrechen ist die zunehmende Belastung der Straßen durch den Verkehr. Die von den Gaswerken heute verwendeten Duktilgußrohre vereinigen die Korrosionsbeständigkeit der Gußrohre mit der Widerstandsfähigkeit der Stahlrohre gegen mechanische Belastungen.

Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke sind für das Jahr 1977 zur Sanierung beziehungsweise Erneuerung des Rohrnetzes 285,4 Millionen Schilling vorgesehen. Die anlässlich der Tariferhöhung angekündigte Aufhebung der Sperrungen wurde bereits durchgeführt.

Seit 1974 wurden insgesamt 44.900 Muffen saniert. Schon seit den Sechzigerjahren führten die Gaswerke Versuche durch, dem "trockeneren" Erdgas durch Zusätze ähnliche "Feuchtigkeits"eigenschaften wie dem früheren Kohlengas zu verleihen, um die Dichtungen dadurch geschmeidig zu erhalten. Zur Sanierung der Muffen haben sich aber nur zwei Methoden bewährt, nach denen heuer 10.000 Muffen saniert werden. Nekula betonte, daß von einem generellen Undichtwerden der sogenannten Stemmuffen keine Rede sein kann. Zu den zu sanierenden Muffen kommen noch 15.000 Muffen, die im Zuge von Rohrauswechslungen ausgetauscht werden.

Nekula teilte mit, daß er auch untersuchen ließ, welche zusätzlichen Rohrverlegungen über die 1977 geplanten 71 Kilometer hinaus aufgrund der Kapazität der vorhandenen Firmen durchgeführt werden könnten. Zusätzlich zu dem bestehenden Programm könnten - so das erste Ergebnis dieser Untersuchung - 40 Kilometer mit einem Kostenaufwand von 132 Millionen Schilling verlegt werden. Dieses Ergebnis muß aber noch mit den Investitionsplänen aller Einbautendienststellen, vor allem der Heizbetriebe, abgestimmt werden, die ebenfalls Auswirkungen auf die Kapazität der in Betracht kommenden Firmen haben.

Für den Fall, daß unter Berücksichtigung der Erfordernisse aller Einbautendienststellen eine zusätzliche Rohrauswechslung möglich ist, liegt bereits die Zusage der Finanzverwaltung vor, im Wege von Krediten die notwendigen finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen, über den Bericht von Stadtrat Nekula eine Debatte abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Die Debatte wird vor Schluß der Sitzung abgehalten werden. (ger)

Wahl der Kontrollkommission

Anschließend erfolgte einstimmig die Wahl von 14 Mitgliedern der Kommission zur Kontrolle städtischer Unternehmungen und eines Mitglieds der Krankenhauskommission.

Wiener Festwochen

GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) beantragte für die Wiener Festwochen 1977 eine Subvention von 20,5 Millionen S.

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) erklärte, daß ihre Fraktion zustimmen werde. Kritik müsse jedoch daran geübt werden, daß der Bund seit 1975 nur 4,8 Millionen zuschieße, während für die Festspiele in anderen Bundesländern immer mehr aufgewendet werde. Reformvorschläge der ÖVP hätten nur in geringem Ausmaß Berücksichtigung gefunden. Der pro Bezirk zur Verfügung stehende Betrag von 20.000 S sei zu wenig. Man sollte jährlich je einen Bezirk besonders in den Vordergrund stellen. Mit der Neubestellung von Direktor Freund zum Intendanten sei die Chance auf bessere Planung und Fundierung zu bezweifeln, weil dieser Mann als Multifunktionär, insbesondere in der Stadthalle, ein viel zu beschäftigter Mann sei. Zweckmäßig wäre ein Abgehen von dieser Doppelfunktion.

GR. Windhab (SPÖ) entgegnete, daß die kritischen Vorschläge der ÖVP realisierbar sein müßten. Das sei aber nicht der Fall. So stimme es nicht, daß der Bund die Wiener Festwochen im Stich lasse, weil er gerade in Wien im Gegensatz zu den anderen Bundesländern für viele Spielstätten, die in die Festwochen integriert sind, steigende Aufwendungen zur Verfügung stelle. Gerade heuer sei viel für die Hebung der Qualität in den Bezirken getan worden. Die 20.000 S pro Bezirk stimmten schon deshalb nicht, weil großartige Programme zentral in die Bezirke delegiert würden, wie das Scarbino-Ballett oder die Benjamin Britten-Oper in Kirchen. Was die Prononcierung bestimmter Bezirke betrifft, sei das nicht notwendig, weil den Bezirken eigene Initiativen unbenommen sind, wie es etwa auf der Wieden mit einer Naschmarkt-Ausstellung geschieht. Daß man dem neuen Intendanten aber von vornherein unterstellt, er werde nicht in der Lage sein, seine Aufgabe zu erfüllen - das sollte man auf keinen Fall tun.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP angenommen. (smo)

Symphoniker-Subvention

GR. Wiesinger (SPÖ) stellte den Antrag, den Wiener Symphonikern für die Aufrechterhaltung des Orchesterbetriebes im Jahr 1977 eine Subvention von 43 Millionen S zu gewähren. Vom Bund erhalten die Symphoniker 7,5 Millionen Subvention, selbst einspielen werden sie 12,5 Millionen S. Damit sind jedoch noch nicht alle im Voranschlag für 1977 vorgesehenen Auslagen des Klangkörpers gedeckt, weshalb die Symphoniker eine Erhöhung der Subvention durch den Bund anstreben.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) wies darauf hin, daß die Subvention des Bundes für die Symphoniker seit Jahren zu niedrig sei. Die gesamten Orchestersubventionen des Bundes hätten sich 1975 auf 27 Millionen belaufen, waren 1976 auf 33,5 erhöht und für 1977 auf 25 Millionen Schilling gesenkt worden. Die Stadt Wien sollte darauf dringen, daß der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber den Symphonikern nachkomme.

Abstimmung: Angenommen von SPÖ und ÖVP. (we)

Subvention von Mittelbühnen

Eine Subvention in der Höhe von 3,3 Millionen S an die "Komödianten" sei im Verhältnis zu anderen Subventionen viel zu hoch, kritisierte GR. Prof. Zörner (ÖVP). So bekomme im Vergleich dazu die Wiener Kammeroper nur zwei Millionen und das Vienna's English Theatre eine Million. Zörner stellte den Antrag, die Subvention der Komödianten auf eine Million zu kürzen und die verbleibenden Mittel als Subventionen für Wiener Kleinbühnen zu verwenden. Die Kürzung sei schon deswegen gerechtfertigt, da die Komödianten vom Kontrollamt festgestellte Mängel, wie eine unüberschaubare Finanzgebarung und Einsparungsmöglichkeiten, nicht beseitigt haben. Wie verhält sich die nun vorgeschlagene Subvention zu dem von der SPÖ aufgestellten Grundsatz, daß die Bemessungsgrundlage für eine Subvention der Komödianten die Überprüfungsergebnisse des Kontrollamtes sein sollten, erklärte Zörner abschließend.

GR. Wiesinger (SPÖ) erklärte, daß die 3,3 Millionen der bereits vom Kontrollamt festgestellte reduzierte Betrag seien. In letzter Zeit sind die Kritiken für die Komödianten weitaus besser. Im übrigen soll man Raum für Experimente lassen und sich kein alleiniges Urteil über kulturelle Aktivitäten anmaßen.

GR. Windhab (SPÖ) erklärte als Berichterstatter, daß bei der ÖVP offensichtlich eine Aversion gegen die Komödianten gegeben sei. Während bei der Kammeroper Ausgaben von 11,2 Millionen ein Einspielergebnis von 2,2 Millionen gegenübersteht, haben die Komödianten Ausgaben von 8,8 Millionen und Einnahmen von 1,2 Millionen. Beide Bühnen müssen daher im Verhältnis annähernd gleich gefördert werden. Die ÖVP beurteilt die gleiche Sachlage verschieden.

Abstimmung: Der ÖVP-Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, die Subvention wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Subvention Wiener Volksbildungswerk

Das Wiener Volksbildungswerk umfaßt an die 200 Organisationen. Wer sind diese 200 Organisationen, fragte GR. Prof. Bittner (ÖVP) nach einem Referat von GR. Windhab (SPÖ). Im Magistratsbericht werden nämlich nur die Subventionsbeträge für zehn dieser Organisationen klar deklariert. Bittner kritisierte weiter, daß die Einrichtungen der konfessionellen Erwachsenenbildung in Wien nicht subventioniert werden.

GR. Wiesinger (SPÖ) erklärte, die Stadt Wien subventioniere nur Dachverbände und nicht einzelne Organisationen. Daher sind auch nur diese Dachverbände im Magistratsbericht angeführt. Über die Tätigkeit des Wiener Volksbildungswerkes und der einzelnen Organisationen erschien vor kurzem ein Bericht, der auch dem ÖVP-Klub übergeben wurde. Dieser Bericht gibt Aufschluß über die außerordentlich vielfältige Tätigkeit der einzelnen Organisationen. Einzelveranstaltungen innerhalb der konfessionellen Erwachsenenbildung werden bereits subventioniert. Gespräche über eine generelle Förderung sollten stattfinden.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (sei)

Baurecht

GR. Outolny (SPÖ) referierte den Antrag auf Bestellung eines Baurechtes an einer Liegenschaft in der Maroltingergasse im 16. Bezirk für die Errichtung eines Wohnhauses durch die Gesiba.

Stadtrat Neusser (ÖVP) nahm zu der vom Vorsitzenden abgelehnten Wortmeldung Stadtrat Dr. Gollers während der Abstimmung über den Antrag betreffend eine Subvention der "Komödianten" Stellung und kritisierte, daß sich der Vorsitzende GR. Ing. Hofmann damit über die Geschäftsordnung hinweggesetzt habe.

Zum vorliegenden Baurechtsantrag bemerkte Neusser, daß das Grundstück von der Stadt Wien 1975 zu einem Preis, der sich an der obersten Grenze für die Wohnbauförderung bewegte, gekauft wurde. Im Mai 1976 habe die Gesiba das Ansuchen auf Erteilung des Baurechts gestellt. Die endgültige Entscheidung darüber obliege heute dem Gemeinderat. Tatsächlich sei der Bau jedoch bereits im Gange. Der Gemeinderat werde damit zur bloßen "Abstimmungsmaschine". Die ÖVP werde diesen Antrag deshalb ablehnen.

GR. Outolny (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß durch den Kauf des Grundstückes die Absicht des Voreigentümers, eine Tankstelle zu errichten, verhindert werden konnte. Seit 1974 habe die Gesiba auf dem Nachbargrundstück ein Baurecht für ein Wohnhaus.

Die rationelle Durchführung beider Bauvorhaben sollte nicht aus rein formalen Gründen verhindert werden. Da es keinerlei sachliche Gründe gegen die Erteilung des Baurechts gebe, werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ. Vorsitzender GR. Ing. Hofmann bemerkte in einer persönlichen Feststellung, daß die Wortmeldung von Stadtrat Dr. Goller zur Geschäftsordnung erst während des Abstimmungsvorganges und daher zu spät erfolgt sei. Deshalb konnte er Stadtrat Dr. Goller nicht das Wort erteilen. (ger)

Kurienmitglieder Jubiläumsfonds

GR. Nußbaum (SPÖ) beantragte die Bestellung von OSR. Dr. Horny, SR. Dr. Kroll und OBR. Dipl.-Ing. Thaller zu Mitgliedern der II. Kurie des Kaiser Franz Josef I. Jubiläumsfonds für Werkstättengebäude und Volkswohnungen für die Funktionsperiode bis 1979. GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) verlangte, daß Dr. Horny nicht bestellt wird, weil er bereits zu viele Ämter bekleide, neben der Funktion als Bürgermeister von Mödling zahlreiche Aufsichtsratsfunktionen in Betrieben. Der Redner brachte den Antrag ein, die vorliegende Post abzusetzen und in der nächsten Sitzung des Gemeinderates einen Antrag vorzulegen, in dem anstelle Dr. Hornys ein anderer fähiger Beamter dafür vorgeschlagen wird. Bei Ablehnung, wird eine getrennte Abstimmung gewünscht. Stadtrat Heller (SPÖ) entgegnete, daß jene drei Personen vorgeschlagen wurden, die bisher diese Funktion ausgeübt haben. Besonders hat Dr. Horny die Verwaltung des Werkstättengebäudes Mollardgasse in Ordnung gebracht. Die Verwaltungstätigkeit erfordert keinen großen Zeitaufwand. Er wurde gemeinsam mit den beiden anderen vorgeschlagen, um die Kontinuität zu wahren. Die Kritik an Dr. Hornys Person dürfte auf seine Tätigkeit als Bürgermeister von Mödling zurückzuführen sein, durch die er sich das Vertrauen und die Wertschätzung weiter Bevölkerungskreise erworben hat.

Im Schlußwort empfahl der Berichterstatter die Ablehnung des ÖVP-Antrages, befürwortete jedoch die getrennte Abstimmung.

Abstimmung über den ÖVP-Antrag: Wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ abgelehnt.

Abstimmung über Entsendung von Dr. Horny in die Kurie: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Abstimmung über die übrigen Kurienmitglieder: Einstimmig angenommen. (smo)

Volksschulbau

GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) beantragte die grundsätzliche Genehmigung der Errichtung einer 24 klassigen Volksschule im 22. Bezirk, Markomannenstraße, damit die zum Erwerb und zur Freimachung der Grundstücke sowie zur Erstellung der Baupläne erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden können.

GR. Ascherl (SPÖ) erinnerte daran, daß seit 1945 mehr als neunzig neue Schulgebäude in Wien errichtet wurden. Von 1973 bis 1976 wurden 17 neue Schulen mit insgesamt 262 Klassen gebaut, wofür 830 Millionen Schilling erforderlich waren. Im gleichen Zeitraum wurden an 28 Schulen bauliche Verbesserungen durchgeführt, die 450 Millionen Schilling kosteten.

Der Debattenredner brachte namens seiner Fraktion den Antrag ein, den Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung in Anbetracht der geplanten Einführung der Fünftagewoche an den Volksschulen zu beauftragen, die daraus resultierenden Folgen zu prüfen und rechtzeitig alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. Der Antrag bezüglich Fünftagewoche wurde gleichfalls einstimmig angenommen. (we)

Bezirkshallenbäder

GR. Ludwig (SPÖ) stellte den Antrag auf Errichtung der Bezirkshallenbäder Hietzing, Simmering und Hohe Warte mit einem Gesamtkostenerfordernis von 200 Millionen.

GR. Arthold (ÖVP) erklärte, der vorliegende Antrag kennzeichne ein Umdenken von der Gigantomanie zur Realität im Bäderbau. Das Bäderkonzept 1968 sei nicht im Gemeinderat, sondern nur in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission beschlossen worden. Die

zahlreichen Wünsche der Bezirke konnten dadurch nicht koordiniert werden, wegen der mangelnden Konkretisierung konnten immer wieder Ankündigungen gemacht werden, die dann nicht realisiert wurden. Arthold kritisierte das Fehlen eines Sportstättenkonzeptes. Dadurch könnten im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Bundessubventionen für den Bäderbau nicht in Anspruch genommen werden. Arthold begrüßte die neue Idee der Bezirkshallenbäder mit ihren begrenzten Bauzeiten und Fixpreisen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in einer zweiten Ausbaustufe auch die dichtverbauten Gebiete des 3., 4. und 8. Bezirkes berücksichtigt werden. Erfreulich sei, daß nunmehr auch das Höpflerbad gebaut werden wird.

GR. Rosenberger (SPÖ) bezeichnete den heutigen Beschluß über den Bau von drei Bezirksbädern als kontinuierliche Fortsetzung der schrittweisen Realisierung des Bäderkonzeptes. Auch das Höpflerbad in Liesing soll noch heuer in Angriff genommen werden.

Entscheidend sei beim Bau der Bezirksbäder der Grundsatz, daß nur soviel in Angriff genommen werden soll, was finanzierbar und in einem überschaubaren Zeitraum baubar sei.

Die Wiener Bezirkshallenbäder werden zweigeschoßig sein. Im Untergeschoß befinden sich die Sauna und die technischen Einrichtungen, im Obergeschoß drei Schwimmbecken (ein 25-Meter-Becken, ein Lehrschwimm- und ein Planschbecken) sowie die Umkleieräumlichkeiten. Die Bauzeit von 14 Monaten sei geradezu als ideal zu bezeichnen.

Derzeit stehen in Wien 6.200 Quadratmeter Wasserfläche in Hallenbädern zur Verfügung. Auf 1.000 Einwohner entfallen daher 3,8 Quadratmeter. Der internationale Wert liege bei sechs Quadratmeter. Nach Fertigstellung der drei Bezirksbäder werden 7.400 Quadratmeter Wasserfläche zur Verfügung stehen (4,6 Quadratmeter pro 1.000 Einwohner). Damit nähere man sich den internationalen Werten.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (ger)

Erhöhung der Bäderpreise

Die letzte Bäderpreiserhöhung geht auf das Jahr 1972 zurück. Seither sind die Personalkosten um 81 Prozent und die Baukosten um 102 Prozent gestiegen. Die Kostendeckung betrug 1972 nach der Erhöhung 40,4 Prozent, ohne Erhöhung würde sie für das heurige Jahr bereits auf rund 25 Prozent sinken. Nach der Erhöhung werden

die Bäderpreise 36 Prozent der Kosten decken, erklärte Gemeinderat Ludwig (SPÖ) als Berichterstatter. Ludwig stellte einen gemeinsamen von SPÖ und ÖVP formulierten Antrag, die Ermäßigungen für Gemeindebedienstete, Befürsorgte, etc. auf 50 Prozent anstelle der vorgesehenen 40 Prozent zu erweitern.

Die Grenzen der Belastbarkeit der Wiener Bevölkerung sind überschritten, erklärte GR. Krenn (FPÖ). Der Großteil der Tarife steigt um zirka 70 Prozent. Unverständlich ist auch, daß nunmehr die Halbtagskarte nur auf den Nachmittag eingeschränkt wird. Die FPÖ wird diesen exorbitanten Erhöhungen nicht zustimmen.

Wenn man verlangt, mehr Bezirksbäder zu errichten, kann man nicht jede Preiserhöhung ablehnen, erklärte GR. Dr. Krasser (ÖVP). Die ÖVP konnte in den Verhandlungen Erfolge erzielen: Die Präsenzdienenermäßigung wurde auch auf das Wochenende ausgeweitet, Hochschüler und Blinde können ihre Ermäßigungen mit den entsprechenden Ausweisen in Anspruch nehmen und letztlich ist es ein außerordentlicher Erfolg, daß in allernächster Zeit eine Privatbäderkreditaktion neu eingerichtet wird. Das Verhalten der ÖVP zeigt, daß der Vorwurf, die ÖVP sei eine Nein-Sager-Partei, einer sachlichen Prüfung nicht standhält.

GR. Wiesinger (SPÖ) bedauerte, daß Gemeinderat Krenn seine Argumente nicht im Unterausschuß vorgebracht und nur das offensichtlich vorteilhaftere Forum des Gemeinderats gewählt hat.

Wenn man die vielen Verbesserungen, wie Badezeitenverlängerung, Reiherkarten, geringere Nachzahlungen, etc. berücksichtigt, betragen die Erhöhungen im Schnitt 50 und nicht 70 Prozent. Wiesinger betonte abschließend die gute Zusammenarbeit im Unterausschuß.

Die Halbtagskarte, die nun nicht mehr für den Vormittag gilt, wurde bisher wenig beansprucht, und überdies war die Handhabung schwierig, erklärte GR. Ludwig in seinem Schlußwort. Ludwig regte an, der Frage der Kostendeckung in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu schenken und damit Anpassungen vielleicht in kürzeren Abständen zu ermöglichen.

Abstimmung: Der Abänderungsantrag, wie die Bäderpreiserhöhung wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (sei)

Debatte Gasrohrnetz

Als beschwichtigend bezeichnete GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) die von Stadtrat Nekula (SPÖ) dem Gemeinderat erstattete Mitteilung über das Wiener Gasrohrnetz. Der Mitteilung sei zu entnehmen gewesen, daß erstens das Gasrohrnetz eines mit den geringsten Undichtheiten sei, daß zweitens der Gasverlust unter dem internationalen Durchschnitt liege, daß drittens Unfälle durch Hauptrohrgebrechen selten und relativ konstant seien und daß viertens das Alter der Rohre eine untergeordnete Rolle für die Dichtheit spiele. Diese Behauptungen stünden im Widerspruch zu den dreimaligen Tarifierhöhungen innerhalb der letzten 24 Monate, die immer mit dringenden Investitionen zur Erneuerung des Gasrohrnetzes begründet worden seien. Entweder versuchte man damals die Öffentlichkeit irrezuführen oder man versuche es heute. Der Redner zitierte dann aus den Tarifanträgen der Gaswerke, in denen es 1975 und 1976 hieß, daß das Rohrnetz überaltert und sanierungsbedürftig sei, daß Undichtheiten und Gebrechen in steigendem Ausmaß auftreten und eine Aufrechterhaltung von Investitionssperren nicht zu rechtfertigen wäre. Stadtrat Nekula solle sich für eine der beiden Versionen entscheiden, meinte der Redner. Es könne aber nicht abgestritten werden, daß ganze Allelen durch Gasaustritte absterben, daß die Umstellung auf Erdgas einen zusätzlichen Risikofaktor gebracht habe. 1962 habe es 78 Hauptrohrbrüche gegeben, 1972 bereits 91, 1975 traten 132 auf und 1976 129. Die Wiener lebten auf einer Bombe, die zwar nicht tickt, dafür aber zischt. (smo)

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) bezeichnete die Redezeitbeschränkung als einen weiteren Beweis für die bereits veraltete und überholbedürftige Stadtverfassung. So erfreulich die prompte Vorlage des Berichts als Reaktion auf die ÖVP-Forderung vom 18. Jänner ist, sei es jedoch bedauerlich, daß darin viel verniedlicht und verschwiegen werde. Von 1970 bis 1975 seien die Rohrbrüche um 48 Prozent, die Rohrschäden um 263 Prozent, die Störungen und Gebrechen um 89 Prozent, angestiegen, die Zahl der undichten Muffen habe sich sogar um 1.861 Prozent erhöht. Die Ursache liege in der Erdgasumstellung. Weil Erdgas wesentlich trockener als Stadtgas ist, trocknen die Dichtungen aus. Das durch den doppelten Druck und die höhere Strömungsgeschwindigkeit vermehrt austretende Sicker gas gefährde Leben und Sachwerte.

Als 1968 von den Gaswerken festgestellt wurde, daß im Zuge der Erdgasumstellung die Sanierung des gesamten Hauptrohrnetzes und die Überprüfung sämtlicher Muffen notwendig sei, habe die damals noch zuständige Stadträtin einen Fünfjahresplan erstellt, um die Erfordernisse finanziell sicherzustellen. Als Umstellungszeit wurden 15 Jahre festgelegt.

Im Gegensatz dazu blieben unter SPÖ-Verantwortlichkeit in den Jahren 1970 und 1971 je 15 Prozent der Rohrinvestitionen gesperrt, 1972 waren 47 Prozent, 1973 gar 52 Prozent und 1974 41 Prozent der Investitionen gesperrt. Im Gegensatz dazu wurden 1975 die exorbitanten Gastariferhöhungen von über 50 Prozent mit notwendigen Gasrohrinvestitionen gerechtfertigt.

Während die Alternativbudgets der ÖVP abgelehnt wurden, habe sich die Länge der jährlich neuerlegten und ausgewechselten Rohre ständig vermindert. Waren es 1968 und 1969 noch fast 90 Kilometer, wurde 1970 der einsame Rekord von 112 Kilometer erzielt, folgte danach eine Abnahme auf unter 40 Kilometer pro Jahr - obwohl damals die Gaswerke pensionsentlastet und die Gebrauchsgebühren gestundet wurden.

Als grobes Versäumnis bezeichnete GR. Ammann die Tatsache, daß die technischen Vorschriften für Gas aus dem Jahr 1963 bis 1975 in Kraft blieben. Mit anderen Worten, die entsprechenden Vorschriften für erdgasgerechte Armaturen und Dichtungsmittel sind erst fünf Jahre nach dem Umstellungsbeginn in Kraft getreten. (we)

GR. Sevcik (SPÖ) warf der ÖVP Zahlenspielerei im Zusammenhang mit dem Gasrohrnetz vor. Die Polemik der ÖVP habe zur Verunsicherung weiter Kreise der Bevölkerung, besonders älterer Menschen, geführt. Die Gefahren bei der Verwendung von Gas seien bekannt und werden keineswegs unterschätzt. Von den Gaswerken werde alles unternommen, um diese Gefahren so gering wie möglich zu halten.

Zwischen 1970 und 1976 seien in Wien 1400 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen. Im gleichen Zeitraum forderten Gasrohrgebrechen drei Todesopfer. Auch dieser Vergleich zeige den Aspekt der Verunsicherung durch die ÖVP-Äußerungen auf. Bereits im Juni 1976, also vor dem Einsturz der Reichsbrücke und dem Wechsel in der ÖVP-Spitze, habe Stadtrat Nekula eine Aufstockung des Personalstandes des Gebrechensbehebungsdienstes der Gaswerke angeordnet.

Bei der Darstellung des Meßverlustes und der daraus resultierenden finanziellen Verluste habe die ÖVP bewußt falsche Zahlen verwendet.

Seit Juni 1969 stehen die Wiener Stadtwerke unter sozialistischer Verantwortung, dennoch habe die ÖVP die Rohrauswechslungen des Jahres 1970 ihrer Amtsführung angerechnet. Außerdem habe die ÖVP zweifelhaftes statistisches Zahlenmaterial des Jahres 1976 angeführt.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) beschäftigte sich mit den Gefahren des Erdgases. Es entstehen in den Abgasen mehr Stickoxyde, die zu Blutvergiftungen führen können. An Stickstoffdioxyden seien im Erdgas um 72 bis 73 Prozent mehr enthalten als im Stadtgas. Die Konzentrate werden in der Küche oft um das Zehnfache überschritten. Vor Jahren sei es zu einem Unfall gekommen, weil der Abgassammler des Durchlauferhitzers zu schwach dimensioniert war. Eine Untersuchung, die damals zugesagt worden war, habe bis jetzt kein Ergebnis gebracht. Man müßte die Bevölkerung besser informieren.

In der Debatte seien einige Dinge aus dem Zusammenhang gerissen worden, weil es gerade populär klingt, erklärte Stadtrat Nekula (SPÖ) als letzter Debattenredner. Es bestehe sicher kein Zweifel, daß Gas als Energie Risiken mit sich bringe. Man werde aber alle technischen Erfahrungen einsetzen, um diese Risiken zu vermindern. Freilich sei es nicht möglich, menschliches Versagen oder Materialgebrechen gänzlich auszuschließen. Bei den Prozentrechnungen des GR. Ammann seien verschiedene Berechnungsgrundlagen durcheinandergebracht worden, auch der Stadtwerkebericht 1975 wäre unvollständig zitiert worden. Grundsätzlich könne man nicht die Aufhebung der Investitionssperren verlangen und gleichzeitig Tarifregulierungen ablehnen. Das sei demagogisch. Im übrigen sei 1970, als alle Fraktionen der Umstellung auf Erdgas zugestimmt haben, auf die Problematik der Muffen und der höheren Gasdrücke ausführlich hingewiesen worden. Bei Betrachtung der Gebrechen müsse schließlich unterschieden werden zwischen den zweierlei Eigentumsrechten für Hauptrohre und den privaten Abzweigungen beziehungsweise den Geräten.

Auf das Wahlkampf-niveau von GR. Ammann einzugehen, -lehne er - Nekula - ab. Tatsächlich hätten bereits 288.000 Wiener Haushalte Gasheizungen installiert. Damit werde ein wichtiger Beitrag zur Umweltverbesserung geleistet. Dank der Möglichkeiten der Wohnungsverbesserungsaktion gäbe es viele neue Erdgasheizungen - diese Menschen votierten mit Vertrauen auf die Leistungen der Stadt. (smo)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Wiener Landtag (Nachtrag)

=====

Wien, 28.2. (RK) Vor Schluß der Landtagssitzung referierte LAbg. Pöder (SPÖ) über das Ersuchen des Strafbezirksgerichts Wien um Zustimmung zur Strafverfolgung des LAbg. Hans Ludwig (SPÖ). Es geht dabei um einen Verkehrsunfall. Dem Ersuchen des Gerichtes wurde vom Landtag einstimmig stattgegeben.

- - -